



65. Plenarsitzung Zusammenfassung

von Anton Baron MdL

Um eine Glanzstunde der Fairness handelte es sich bei der 65. Plenarsitzung am 14. Juni gewiss nicht. Neben einer verweiger-ten Schweigeminute und dem zweiten Wahlgang zum Verfassungsgerichtshof erscheint diesbezüglich auch ein Ord-nungsruf erwähnenswert.

Video-Aufzeichnungen:

Teil 1: <https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2018/20180614sitzung0651.html?t=0>

Teil 2: <https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2018/20180614sitzung0652.html?t=0>

Antrag zur Geschäftsordnung: Schweigeminute für Vergewaltigungs- und Mordopfer

Noch vor Beginn der eigentlichen Tagesordnung stellte unsere AfD-Abgeordnete Dr. Christina Baum einen Geschäftsordnungsantrag. Diese dienen dazu, die Tagesordnung zu verändern. Thema des Antrags war die Abhaltung einer Schweigeminute für die vielen Opfer von Morden und Vergewaltigungen vor allem an jungen Mädchen.

Als aktuelles Beispiel führte Baum die kurz zuvor erfolgte grausame Gruppenvergewaltigung einer 13-jährigen an, weshalb Frau Dr. Baum einen Brief an das Landtagspräsidium verfasst hatte, in dem sie um die Abhaltung der Schweigeminute bat. Trotz der mittlerweile bekannt gewordenen, unverständlichen Ablehnung des Ansinnens durch alle anderen Fraktionen wollte die AfD-Fraktion dies daher als Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung stellen. Dementsprechend trug Dr. Baum noch einmal den Inhalt des Briefs vor.

Wegen der vielen erschütternden Vergewaltigungen und Morde an Frauen und Mädchen könne man nicht zur Tagesordnung übergehen und diese derart brutalen Verbrechen als Normalität hinnehmen. Als deutliches Zeichen, dass der Landtag von Baden-Württemberg diese Gefahr ernstnehme, solle man daher eine Schweigeminute abhalten.



Für die anderen Fraktionen ergriff der grüne Parlamentarische Geschäftsführer Ulrich Sckerl das Wort. Das zeigt einmal mehr, wie berechtigt der von uns oft verwendete Begriff Kartellparteien ist, aber auch, wer dort den Ton angibt. Er sprach verharmlosend von einem starken, handlungsfähigen Rechtsstaat. Die Häufung der Vorfälle erwähnte er natürlich nicht. Vielmehr missbrauchte er den Anlass, um gegen die AfD zu hetzen. Unser Ziel sei es hier doch nur, die Taten zu missbrauchen und für eine Spaltung der Gesellschaft zu instrumentalisieren. Man habe auch gar nicht den Dialog gesucht, was angesichts des Briefes, der dem Antrag vorangegangen war, natürlich eine Falschbehauptung ist. Weiterhin mache die AfD Politik auf dem Rücken der Opfer, die anderen Parteien hingegen Politik für die Opfer. Dies ist an Absurdität schwer zu überbieten, da es wohl kaum die AfD war, die die Grenzen für überwiegend junge Männer aus Macho-Kulturkreisen geöffnet hatte.

Abstimmung über Geschäftsordnungsantrag: von allen anderen Fraktionen abgelehnt

TOP 1) Aktuelle Debatte der Grünen – „Online-Handel: Für Steuergerechtigkeit und faire Wettbewerbsbedingungen“

Bei dieser Aktuellen Debatte der grünen Fraktion wurden der Onlinehandel und die dabei weit verbreiteten Steuerbetrügereien behandelt. Dementsprechend wurde

die Forderung aufgestellt, Händlerplattformen für illegale Aktivitäten ihrer Unterhändler (z.B. auf „Amazon Marketplace“) stärker als bislang in die Pflicht zu nehmen.

Unsere Rednerin Carola Wolle beklagte insbesondere die massiven Wettbewerbsnachteile für inländische Unternehmen durch den Steuerbetrug ausländischer Onlinehändler. Eine wirkliche Kontrolle sei nicht sichergestellt, hinzu komme die Grenze von 20 Euro Warenwert pro Sendung, bis zu der weder Einfuhrumsatzsteuer noch Zoll fällig sei. Darüber hinaus seien betrügerische Tricks wie falsche Etiketten weit verbreitet. Als besonderen Skandal machte Wolle aus, dass die großen Onlinehändler mit diesen ihnen bekannten Betrugereien ihrer Partner zusätzlich Geld verdienen. In der Tat müsse man die Plattformen daher mit in die Verantwortung nehmen.



Carola Wolle MdL (Wahlkreis Neckarsulm)

Im Gegensatz zu den späteren Aussagen der Ministerin bemerkte Wolle zudem, dass gegen diese Zustände nichts Substantielles unternommen werde. Wider besseren Wissens hätten die Konsensparteien die Löcher bis heute nicht geschlossen. Sie machte auch auf weitere Trickserien aufmerksam, durch die sich Großkonzerne der Steuerpflicht entzögen. Die Cafékette Starbucks zahle etwa bis heute keinen Cent Steuern in Deutschland, ganz im Gegensatz zum kleinen, unabhängigen Café. Diese Zustände seien aufgrund einiger EU-

Steuervereinbarungen vollkommen legal. Eine Initiative der Altparteienvertreter auf EU-Ebene zur Abschaffung dieser Schlupflöcher habe es bislang jedoch nicht gegeben.

TOP 2) Aktuelle Debatte der CDU-Fraktion – „Medizinische Versorgung in der Fläche sichern – mehr Landärzte für Baden-Württemberg“

In dieser Aktuellen Debatte der CDU-Fraktion ging es um den dramatischer werdenden Landarztmangel. Der CDU-Redner sprach davon, etwa durch Stipendienprogramme sicherzustellen, dass die medizinische Versorgung in der Fläche auch in Zukunft gut bleibe. Über 10 Prozent der Studienplätze sollten nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens an Studieninteressenten vergeben werden, die sich dazu verpflichten, in unterversorgten Gebieten tätig zu werden. Hier taten sich gleich Widersprüche im Regierungslager auf, da die grüne Rednerin wegen der allzu frühen Festlegung gegen eine solche Quote argumentierte. Es sagt alles über den Zustand der Koalition aus, wenn für eine Aktuelle Debatte ein Thema gewählt wird, bei dem es offenbar deutliche Differenzen zwischen Grünen und CDU gibt.

Unsere Rednerin Dr. Christina Baum schilderte anhand eines Beispiels aus ihrem Wahlkreis, wie sich die Politik lange Zeit in Verharmlosung geübt hat. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Reinhart habe nämlich noch im letzten Jahr von einer guten Versorgung im gemeinsamen Wahlkreis gesprochen. Man habe die Zukunftsfragen zwischenzeitlich vollkommen vergessen, jedoch sei es gleichwohl gut, dass der Blick mittlerweile weiter als bis zur nächsten Wahl gehe und es nun die

Debatte gebe. Bekannt sei das Problem aber freilich schon lange. Schließlich habe sich in den letzten 20 Jahren der Anteil der Ärzte in einem Alter von über 60 Jahren auf ca. ein Drittel verdreifacht.

Dr. Baum bemängelte, dass die CDU keinerlei strukturelle Ansätze habe. Vielmehr komme sie mit Ideen wie der Landarztquote im Studium, die allerdings viele Nachteile habe. Es werde etwa zahlreiche Mediziner geben, die mit ihrem Berufsalltag unzufrieden seien. Diese würden den Beruf dann entweder unmotiviert ausüben oder sich herauskaufen. Talente und Passionen für bestimmte medizinische Bereiche könnten sich erst im Studium entwickeln.

Die Frage sei vielmehr, warum sich immer weniger Absolventen für den Landarztberuf entscheiden würden. Dr. Baum machte hier einerseits den Aspekt mangelnder Flexibilität als niedergelassener Arzt gültig, andererseits aber auch die mittelmäßige ökonomische Perspektive, da die Niederlassung ja oft mit einer Verschuldung wegen der Investition in eine Praxis einhergehe, wozu man auch bei einer Landarztquote im Studium natürlich niemanden zwingen könne.

Es gelte also, die Niederlassung zu erleichtern. Mit einem solchen freiheitlichen Modell komme man den Ärzten eher entgegen, die den Landarztberuf als Leidenschaft und nicht aufgrund einer Pflicht ergreifen sollten.

Die Minister Lucha und Bauer gaben daraufhin an, man würde an dem Problem bereits arbeiten, beispielsweise mittels finanzieller Förderungen und Allgemeinmedizin-Professuren in Ulm und Freiburg. Dr. Christina Baum richtete an Ministerin Bauer daraufhin eine Zwischenfrage zu den Wartepätzen auf einen Medizinstudienplatz. Sie wollte wissen, ob diese definitiv abgeschafft würden und was mit den aktuell Wartenden passieren werde. Die

Antwort lautete, dass dies in der Kultusministerkonferenz aktuell verhandelt werde, wobei die Landesregierung hierbei auf die Abschaffung dränge. Für die akut Betroffenen werde man „verträgliche Regelungen“ finden.



Dr. Christina Baum MdL (Wahlkreis Main –Tauber)

TOP 3) Ergänzungswahlen zum Verfassungsgerichtshof

Nach der zunächst erfolgten, demokratisch bedenklichen Nichtwahl unserer Kandidatin für die Stelle ohne Befähigung zum Richteramt im Landesverfassungsgericht wurde in dieser Sitzung ein zweites Mal gewählt. Das Ergebnis fiel mit 30 Ja und 28 Nein bei 65 Enthaltungen denkbar knapp aus. Die AFD-Fraktion wünscht Frau Reger, die noch in der Sitzung vereidigt wurde, viel Erfolg bei ihrer wertvollen ehrenamtlichen Arbeit.

TOP 4) Fragestunde

Die Fragestunde stellt für jeden Abgeordneten die Möglichkeit dar, Vertretern der Landesregierung im Plenum Fragen zu stellen, die anschließend beantwortet werden. Pro Mündlicher Anfrage darf es zwei Unterfragen geben, anschließend müssen weitere Nachfragen direkt beantwortet werden. Für diese Sitzung hatte unser Abgeordneter Stefan Herre gleich zwei Mündliche Anfragen eingereicht.

1. Frage („Flucht von Pflegekräften, Lehrern, Ärzten und anderen Fachkräften aus Baden-Württemberg in andere Länder mangels Perspektive“):

a) Ist aus Sicht der Landesregierung der steigende Personalmangel an deutschen Fachkräften aus Baden-Württemberg sowohl in der freien Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst mit der zunehmenden Arbeitsverdichtung, der eher moderaten Bezahlung, schlechten Arbeitsbedingungen und unbezahlten Überstunden, beispielsweise in unseren Krankenhäusern, durch das Land mit verursacht?



Stefan Herre MdL (Wahlkreis Balingen)

Die Antwort hierauf lautete, dass offene Stellen oft nicht besetzt werden könnten. Angeblich werde in der Anfrage ein falsches Bild gezeichnet. Die Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Kraut (CDU) erwähnte weiterhin ohne wirklichen Zusammenhang die geringe Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent. Die durch unseren Abgeordneten genannten Umstände seien in der Regel nicht Ursache. Die Fachkräftengpässe im Gesundheitsbereich seien allerdings in der Tat problematisch, insbesondere auch wegen der Arbeitsbelastung.

b) Wie will sie abgewanderte Ärzte, Lehrer, Pflegekräfte bzw. Fachkräfte aller Art und ihre Familien in Zusammenarbeit mit den hierzulande ansässigen Unternehmen aus der Schweiz, Österreich oder den skandinavischen Ländern zurückholen, wenn sich

an den familienfeindlichen, befristeten und gehaltstechnischen Arbeitsbedingungen nichts ändert?

In der Antwort hieß es hier, es seien weniger gehaltstechnische, als familiäre Gründe und Befristungen entscheidend. Grundsätzlich seien Fachkräftewanderungen aber sinnvoll.

Der Aspekt der Abwanderung an sich ist wohl weniger im Fokus. Dementsprechend gab Dr. Hoffmeister-Kraut an, es seien keine konkreten Maßnahmen zu Rückgewinnungen geplant.



An dieser Stelle gab es eine Nachfrage unseres Abgeordneten Daniel Rottmann. Es sei eine sechsstellige Zahl an Menschen, die pro Jahr dauerhaft Deutschland verlassen würden. Dementsprechend wollte Rottmann Erkenntnisse der Landesregierung zu den Gründen dieser in der Regel gut qualifizierten Personen erfahren. In der Antwort hieß es dann, es seien keine konkreten Untersuchungen geplant. Dass Fachkräfte im Ausland arbeiten, sei sinnvoll. Sie sprach hierbei aber nur über positive wirtschaftliche Aspekte vorübergehender, nicht aber über Auswirkungen dauerhafter Abwanderung.

Passend zum vorherigen Tagesordnungspunkt hakte für die AfD-Fraktion Klaus Dürr zudem bezüglich belastbarer Zahlen zu Ärzten nach, die das Land verlassen würden bzw. die aus dem Ausland kämen. Hier wurde immerhin eine Nachlieferung der Zahlen zugesichert.

2. Frage („Probleme bei der gesetzlichen Gewährleistung eher die Regel als die Ausnahme?“):

a) Wie hoch schätzt die Landesregierung den Schaden bei Kunden ein, die ihre Gewährleistungsrechte mangels Rechtsschutz nicht durchsetzen können, wenn Händler in den ersten 6 Monaten bei groben Mängeln den Kaufpreis nicht zurückerstatten?

Hier lautete die Antwort der Verbraucherschutz-Staatssekretärin Gurr-Hirsch recht lapidar, eine valide Aussage sei nicht möglich, die Durchsetzung der Rechte „müsste“ aber „recht einfach“ für die Verbraucher sein.

b) Was unternimmt das zuständige Ministerium, damit Endverbraucher in Baden-Württemberg ihr gesetzliches Gewährleistungsrecht durchsetzen können, vor allem wenn Händler sich weigern, Kunden den Preis für beschädigte Waren zu erstatten?

In der Antwort wurde auf die Beratung der Verbraucher durch die Verbraucherzentrale verwiesen. Zudem gebe es seit 2009 oder 2010 Onlineschlichter bei Interneteinkäufen. Weiterhin gehe man gegen absichtlichen vorzeitigen Produktverschleiß vor. Bei der Verbraucherministerkonferenz habe man daher gemeinsam mit anderen Ländern die Bundesregierung aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog gegen den vorzeitigen Verschleiß vorzulegen, unter anderem mittels einer Verlängerung der Gewährleistungspflicht. Auch in diesem Jahr sei dies wieder ein Thema.

Unser Abgeordneter Rüdiger Klos hatte daraufhin eine Nachfrage. Den Verbrauchern werde die Kündigung oft schwergemacht, da im Gegensatz zu Vertragsverlängerungen kaum über die Möglichkeiten zur Kündigung informiert werde, die dann teilweise auch nur mit kostenpflichtigen Nummern möglich sei. Er schlug daher vor, hiergegen ebenfalls auf Bundesebene vorzugehen. Gurr-Hirsch versprach, dass man dieser Thematik nachgehen werde.

Nachdem die Antworten auf die erste Frage eher eine Blockadehaltung und Realitätsverweigerung offenbart hatten, wurde unseren Befürchtungen bei dem zweiten Teil der Verbraucherschutz-Frage dann durchaus Recht gegeben. Es wird sich zeigen, ob dem dann auch wirklich konkrete Maßnahmen folgen werden.



TOP 6) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP: Gesetz für Wahlfreiheit bei der Ganztagschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg)

Bei diesem Gesetzentwurf ging es der FDP um die Wahlfreiheit bei der Ganztagschule; der verpflichtenden Form steht auch die AfD bekanntlich kritisch gegenüber. Nach der Vorstellung des Gesetzentwurfs waren zunächst die Regierungsfaktionen an der Reihe. Die Grünen waren wie erwartet aus Prinzip dagegen, da ein solches Gesetz der angeblichen Qualität des Schultyps schaden würde, die CDU hielt die Änderung für wenig einfallsreich.

Unserem Bildungsexperten Dr. Rainer Balzer zufolge sei hier auch die Kostenfrage zu beachten, also ob für die Ganztagsbetreuung das Land, die Kommune oder die Eltern aufkämen. Die SPD spreche sich wie immer für eine steuerliche Übernahme aus, die CDU für eine kommunale Trägerschaft. Die FDP habe ein seltsames Verständnis von Wahlfreiheit, wenn alle Schüler in die Form der offenen Ganztagschule gezwungen werden müssten.

Dr. Balzer machte auf den Interessenkonflikt aufmerksam, wenn die Entscheidung über den Ganztags dem Schulträger übertragen wird. Die Eltern hätten hier oft andere Interessen als die Schulen und Schulträger.

Die AfD stehe in erster Linie für die Wahlfreiheit für Eltern. Man spreche sich aus verschiedenen Gründen gegen eine Pflicht aus, erkenne aber gleichzeitig an, dass es durchaus Fälle gibt, in denen eine Nachmittagsbetreuung nötig werde. Die Kosten

müssten von den Kommunen getragen, diese dabei aber bei Bedarf durch das Land unterstützt werden.

Weiterhin machte Balzer auch auf nicht-schulische Betreuungsangebote aufmerksam, die unter der Ausbreitung der Ganztagschulen ebenso zu leiden hätten wie Sportvereine und Musikschulen. Diese anderen Angebote seien zumeist auch flexibler. Dr. Balzer forderte, man solle aufmerksam beobachten, welche Entscheidung die Eltern bevorzugt trafen, weshalb die AfD-Fraktion den auch finanziell schwer abzuschätzenden FDP-Gesetzentwurf nicht unterstützen könne.



Dr. Rainer Balzer MdL (Wahlkreis Bruchsal)

Am Ende dieses Tagesordnungspunkts wurde übrigens noch vollkommen zurecht ein Ordnungsruf erteilt. Der Grüne Jürgen Walter erhielt diesen für folgende unsäglich Aussagen gegen Dr. Rainer Balzer während einer Debatte am Vortag: „Die Hitlerjugend war doch euer Ding!“ und „Sie haben wahrscheinlich eine Hitlerstatue daheim!“ Dass einige Vertreter der Altparteien gelegentlich auf diesem Niveau unterwegs sind, zeigt wohl deren Verzweiflung über unseren Erfolg. Die Erteilung des Ordnungsrufs bedeutet gleichwohl, dass das Präsidium insgesamt um einen fairen Umgang bemüht ist.

TOP 7) Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zum 33. Datenschutz-Tätigkeitsbericht und dem 1. Informationsfreiheits-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für die Jahre 2016 /2017

Zu Beginn dieser Debatte verteidigte der Landesdatenschutzbeauftragte Dr. Brink die Gesetzgebung und berichtete, die Anfragen an ihn seien in den letzten Jahren gestiegen.

Der Abgeordnete Klaus Dürr bedankte sich für die AfD-Fraktion ausdrücklich bei Herrn Dr. Brink und dessen Mitarbeitern für die gute Arbeit in einem schwierigen Umfeld. Mit dem Landesinformationsfreiheitsgesetz sei man allerdings nicht zufrieden, dort hätte man mehr erwartet. Er forderte diesen Respekt für Dr. Brinks Arbeit auch von der Regierungsbank ein, die durchaus Kritik von dem Beauftragten hinzunehmen gehabt habe. Strobl müsse dessen Arbeit ebenso respektieren. Dürr bemängelte allerdings das fehlende Durchgriffsrecht des Beauftragten.



[Klaus Dürr MdL \(Wahlkreis Calw\)](#)

Ebenfalls machte unser Vertreter darauf aufmerksam, dass Dr. Brink wohl zusätzliches Personal benötigen werde, zumal dieser von einem Anstieg der Eingaben und Beschwerden ausgehe.

Die neue EU Datenschutzgrundverordnung erhöht bei den mittelständischen Betrieben ja bekanntlich enorm den bürokratischen Aufwand, wie Dürr bereits in einer anderen Debatte dargelegt hatte. Hinzu kämen die zahlreichen Beispiele für Persönlichkeitsverletzungen, wobei Dürr hier den Diebstahl von AfD-Personendaten nannte, die jetzt für Angriffe verwendet würden.